



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Die Gefahr durch sogenannte „Reichsbürger“ in Bayern ernst nehmen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag zeigt sich tief bestürzt über die Ermordung eines jungen SEK-Beamten im mittelfränkischen Georgensgmünd durch einen Anhänger der sogenannten „Reichsbürger“. Den Angehörigen, Freunden und Kollegen des ermordeten Polizisten gilt seine tief empfundene Anteilnahme.

Der Landtag ist in Gedanken auch bei den drei anderen schwer verletzten Polizeibeamten und hofft auf deren baldige Genesung.

Besonderen Dank spricht der Landtag in diesen schweren Stunden den bayerischen Polizisten nicht nur für ihren Einsatz bei dem brutalen Übergriff in Georgensgmünd, sondern auch dafür aus, dass sie täglich aufs Neue durch ihre Arbeit die Sicherheit der bayerischen Bevölkerung gewährleisten.

Die Ereignisse der letzten Woche haben gezeigt, dass die Gefahr durch die sogenannten „Reichsbürger“ in Bayern ernst genommen werden muss. Die Aktivitäten dieser Bewegung müssen noch stärker in den Fokus rücken und noch intensiver überwacht werden.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, dem Landtag zeitnah mündlich und schriftlich zu berichten, wie sich die Aktivitäten der sogenannten „Reichsbürger“ in Bayern in den letzten Jahren entwickelt haben.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Liegen der Staatsregierung in der Zwischenzeit Erkenntnisse darüber vor, wie viele Personen den sogenannten „Reichsbürgern“ und ihren einzelnen Splittergruppierungen in Bayern angehören?
2. Welche Gruppierungen der „Reichsbürger“ werden neben der sogenannten „Exilregierung des

deutschen Reiches“ zwischenzeitlich durch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz überwacht?

3. Sind der Staatsregierung Verbindungen der „Reichsbürgerbewegung“ zu anderen Organisationen und Gruppierungen aus der rechtsextremistischen bzw. rechtspopulistischen Szene in Bayern bekannt?
4. Liegt der Staatsregierung belastbares Zahlenmaterial darüber vor, wie viele Personen des öffentlichen Dienstes in Bayern schon Opfer eines Angriffes von Anhängern der sogenannten „Reichsbürgerbewegung“ geworden sind bzw. wie viele Verstöße gegen das Gesetz es von „Reichsbürgern“ in Bayern in den letzten Jahren gab?
5. Wie werden Behörden, Gerichte und Verwaltungen im Umgang mit sogenannten „Reichsbürgern“ unterstützt?
6. Welche Maßnahmen hat die Staatsregierung bereits ergriffen, um die bayerische Bevölkerung über die sogenannte „Reichsbürgerbewegung“ aufzuklären und diese für das Thema zu sensibilisieren?
7. Wie ist der derzeitige Stand der Ermittlungen hinsichtlich der vier bayerischen Polizeibeamten, die im Verdacht stehen, ebenfalls der sogenannten „Reichsbürgerbewegung“ anzugehören?
8. Liegen der Staatsregierung Erkenntnisse über weitere Personen vor, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind und der „Reichsbürgerideologie“ nahestehen?

Begründung:

Durch den brutalen Übergriff auf Polizeibeamte bei einem Einsatz gegen einen Anhänger der sogenannten „Reichsbürger“, bei dem ein junger Polizist sein Leben verloren hat, sind diese wieder in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt. Dabei ist die sogenannte „Reichsbürgerbewegung“, die vor allem dadurch gekennzeichnet ist, dass sie die Bundesrepublik Deutschland und ihre geltenden Gesetze ablehnt und vielmehr das Fortbestehen des Deutschen Reiches propagiert, Behörden, Gerichten und Verwaltungen durch ihr Auftreten bereits seit Jahren bekannt. Da staatliches Recht für sogenannte „Reichsbürger“ keine Geltung beansprucht, geraten sie immer wieder mit dem Gesetz in Konflikt und bedrohen und verletzen Beamte und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in

Bayern. Mit der Ermordung des jungen SEK-Beamten erreichen die Aktivitäten dieser Bewegung in Bayern nun einen neuen, erschreckenden Höhepunkt. Der Freistaat muss die Gefahr durch sogenannte „Reichsbürger“ ernst nehmen und entsprechende Maßnahmen gegen diese Bewegung ergreifen. Dafür bedarf

es allerdings einer verlässlichen Informationsgrundlage, wie sich die Aktivitäten der sogenannten „Reichsbürgerbewegung“ in den letzten Jahren in Bayern entwickelt haben. Die Staatsregierung soll hierzu dem Landtag zeitnah mündlich und schriftlich Bericht erstatten.